

Bürgerinitiative »Kein Industriegebiet zwischen Wiedemar – Brehna – Delitzsch«

24.07.2023

800 Seiten bedrucktes Papier – für die Bürger und Bürgerinnen der Gemeinde überhaupt erfassbar? Gewollt?

Der Gemeinderat der Gemeinde Wiedemar hat in seiner Sitzung am 22.06.2023 den Entwurf des Bebauungsplans „Industrievorsorgegebiet“ sowie die Änderung Flächennutzungsplan jeweils der Fassung vom 31.05.2023 gebilligt und deren Auslegung beschlossen.

Die öffentliche Auslegung erfolgt vom **21.08. bis 06.10.2023**.

In dieser Zeit haben alle Bürger und Bürgerinnen der Gemeinde erneut die Gelegenheit eine Stellungnahme zu den fast 800seitigen Entwurf abzugeben.

Eine Antwort auf die Frage, was aus den bereits 400 abgegebenen Stellungnahmen zum Vorentwurf der Bürger und Bürgerinnen geworden ist, bleibt der Gemeinderat der Bürgerinitiative bis heute schuldig.

Ebenso, warum an dem Vorhaben weiter festgehalten wird, obwohl im Rahmen der von der Gemeinde durchgeführten Bürgerbefragung 89% aller Befragten sich für das Landleben ohne ein Industriegebiet ausgesprochen haben. Da seitens der Gemeinde seit der Befragung nicht näher auf die Fragen und Ergebnisse eingegangen wird, muss angenommen werden, dass die Befragung nur durchgeführt wurde, um herauszubekommen, ob -entgegen den Äußerungen und Fakten der Bürgerinitiative – doch mehr Menschen für ein Industriegebiet wären und denen die sich daraus ergebenden Auswirkungen für Mensch, Natur und Tier egal sind.

Nach Ansicht eines Gemeinderatsmitgliedes sei das deutliche Ergebnis möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde nicht genügend über das geplante Vorhaben informiert habe. Deswegen hat der Bürgermeister womöglich nunmehr auch den ersten Zukunftsbrief zum Gemeinschaftsprojekt der Gemeinde und des Freistaates versendet.

Im Gegensatz zur Gemeinde und dem Freistaat sehen wir in dem Vorhaben keine Chance für unsere Region. Im Gegenteil, es wird in einer Katastrophe enden. Und das nicht nur, für Mensch, Natur und Tier, sondern auch für die Gemeinde. Kein geplanter städtebaulicher Vertrag wird die Nachteile und Belastungen ausgleichen können.

Wir - die Bürgerinitiative - halten am Kurs „Kein Industriegebiet“ auf dem Weg zum geplanten Bürgerentscheid fest.

Diesen werden wir auch in dem geplanten Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und in einem weiteren Gespräch mit dem Landesbeauftragten für Großansiedlungen mit allen Fakten verteidigen und fordern, dass nicht noch mehr Steuergelder verschwendet werden, um ein Vorhaben unter allen Umständen umzusetzen, obwohl es von der Dimension her von einer Gemeinde nicht umgesetzt werden kann.

Bei Fragen erreichen Sie die Vereinigung auch per Mail (kontakt@keinindustriengebiet.de) oder unter der Telefonnummer 0157-33312014 (Mo-Fr 18-19 Uhr). Bitte beachten: Bis zum 11.08.2023 wird die Initiative aufgrund von Urlaubszeiten der Teammitglieder nur bedingt erreichbar sein.